

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

9. Sitzung
30. März 2022

Beginn: 12.02 Uhr
Schluss: 15.58 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen der Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet, den auf der Konsensliste stehenden Bericht zur Charité – Ausgleich coronabedingter Verluste Charité – mit Frist bis 31. Juli 2022, von der Konsensliste zu nehmen mit der Bitte um Bericht bis zum 15. Mai 2022.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Beschlussfassung über Empfehlungen des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Vorlagen – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 GO Abghs**
- b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8 i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Es liegen keine Empfehlungen vor.

Bezirke

Punkt 2 der Tagesordnung

Schreiben BA Treptow-Köpenick – BzBm – vom
18.03.2022

Sanierung und Schaffung von Büro- und Archivflächen im Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21

gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO, § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO und
Auflage A. 8 und A. 17 a – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/2021

[0193](#)
Haupt

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Schreiben [0193](#) wie beantragt zuzustimmen.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2022/2023 (1. Lesung)

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0200](#)
Drucksache 19/0200 Haupt (f)
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)

hierzu:

Anlage zur Vorlage – zur Beschlussfassung – [0200-Anlage](#)
Drucksache 19/0200-Anlage

Mitberaten werden:

- a1) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0174](#)
Drucksache 19/0225 Haupt
Finanzplanung von Berlin 2021 bis 2025
- a2) Bericht SenFin – II A – vom 10.03.2022 [0174 A](#)
**Finanz- und Investitionsplanung des Landes Berlin
2021-2025** Haupt
- b) Bericht SenFin – II LIP – vom 07.03.2022 [0137 A](#)
**Fortschreibung des bisherigen
Haushaltsplanentwurfs 2022/2023
(Fortschreibungsrundschreiben 2022/2023 –
FR 22/23)** Haupt
hier: Priorisierung der Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 4. Sitzung vom 16.02.2022)
- c) Bericht SenFin – IV D 35 – vom 14.02.2022 [0001 A](#)
**Gesetz zur Sicherstellung der
personalvertretungsrechtlichen Interessenvertretung
in der Berliner Landesverwaltung
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU** Haupt
(Berichtsauftrag aus der 2. Sitzung vom 8.12.2021)
- d) Bericht SenFin – II B – vom 04.03.2022 [0173](#)
FM-Titelliste Haupt

- e) Bericht SenFin – II B – vom 15.03.2022
IKT-Titelliste

[0200 A](#)
Haupt

Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister

Vorsitzende Franziska Becker teilt mit, die Regierende Bürgermeisterin, Frau Giffey, sei für die heutige Sitzung entschuldigt. Sie befinde sich aktuell im Ukraine-Stab. Anschließend werde eine politische Erklärung zum 100-Tage-Programm unterschrieben.

Christian Goiny (CDU) verweist auf die Tradition, dass die jeweiligen Ressortchefs auch persönlich anwesend seien. Ihm sei bis eben nicht bekannt gewesen, dass die Regierende Bürgermeisterin heute nicht anwesend sei. Er bitte um allgemeine Verständigung, dass die Fraktionen vorher informiert würden. Zudem bitte er um Anwesenheit in der zweiten Lesung.

Vorsitzende Franziska Becker erklärt, dass Entsprechendes schon mit Staatssekretär Dr. Fischer vereinbart worden sei.

Kapitel 0300 – Senatskanzlei

Mitberaten werden:

- a) Bericht RBm – Skzl – ZS B 11 – vom 28.12.2021
**Deutsche Film- und Fernsehakademie
Wirtschaftsplan 2022**
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsbera-
tungen 2022/2023 zurückgestellt)
- b) Austauschfassung zur roten Nummer 0111
Bericht RBm – Skzl – ZS B 11 – vom 28.12.2021
**Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Wirtschaftsplan 2022**
(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsbera-
tungen 2022/2023 zurückgestellt)

[0110](#)
Haupt

[0111-1](#)
Haupt

Sibylle Meister (FDP) erkundigt sich zum Stand bezüglich des Mietvertrages und zum zumindest andiskutierten Umzugs nach Tempelhof. Die Mieteinnahmen der Cafeteria entfielen wegen der Insolvenz der Betreiber. Im Rahmen der Coronapandemie sei auch an die landeseigenen Unternehmen appelliert worden, die Coronasituation mit zu berücksichtigen, wenn sie als Vermieter aufträten, um Engpässe entsprechend abzufedern. Welche Umstände hätten hier dazu geführt?

Christian Goiny (CDU) interessiert die Standortsituation mit der Mietvertragsverlängerung. Er bitte um einen Bericht zur zweiten Lesung, zu dem gegebenenfalls auch andere Senatsverwaltungen zuarbeiten würden. Nach seinen Informationen laufe der Mietvertrag bis 2025;

möglicherweise ließe sich dieser um ein Jahr verlängern. Geplant sei, dass die DFFB in einen der Hangars in Tempelhof einziehe. Offenbar gebe es Schwierigkeiten mit der Idee, weswegen zunächst eine externe Anmietung organisiert werden müsse. Diese Idee sei unnötiger Kostentreiber; es sei nicht einzusehen, für ein Provisorium Mietkosten zu verursachen. Er bitte um ausführliche Stellungnahme.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) führt aus, das Auslaufen des Mietvertrages am Potsdamer Platz sei im Blick; der Mietvertrag laufe 2025 aus. Nach seinen Informationen sei ein Umzug nach Tempelhof in 2025 nur sehr schwer zu bewerkstelligen. Die Sanierung gehe voran. Perspektivisch sei eher 2030 ein realistisches Datum. Insofern müsse Vorsorge getroffen werden, damit die DFFB nicht ohne Standort dastehe. Insofern werde sondiert, welche Gebäude am Markt verfügbar seien, um eine Zwischennutzung zu ermöglichen. Es sei kein dauerhafter Mietvertrag, sondern eine zeitlich befristete Lösung. Genauere Informationen zur Cafeteria reiche er ebenfalls schriftlich nach. Er kündige kleinere Korrekturen an dem Bericht – Nr. 0110 – an, um den letzten Stand wiedergeben zu können.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass die Berichte zum Einzelplan 03 rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022, d.h. Zuleitung der Berichte bis zum 6.5.2022 möglichst als Sammelvorlage, an den Hauptausschuss angefordert werden.

Christian Goiny (CDU) bittet darum mitzuteilen, welche konkreten Prozesse bei Planung und Bau dazu führten, dass für die Nutzbarmachung eines Hangars in Tempelhof acht Jahre benötigt werden sollten.

Sibylle Meister (FDP) stellt fest, die Information überrasche, dass die Tempelhof Projekt GmbH mitgeteilt habe, bis 2030 für die Fertigstellung eines Hangars zu benötigen. Eine ausführliche Darstellung sei daher sinnvoll. Ab 2025 eine Zwischenlösung zu suchen, halte sie für sehr kostspielig.

Steffen Zillich (LINKE) legt dar, bei den Fachwünschen in Bezug auf Tempelhof habe der Eindruck bestanden, als sei die Errichtung Tempelhofs ein Problem anderer und würde sich schon klären. Insofern sei mit Blick auf die Investitionsplanung von der Koalition bewusst die Entscheidung getroffen worden: Angesichts einer Prioritätensetzung könne dies in Bezug auf Tempelhof im Moment nur eine deutlich abgesenkte Investitionssumme bedeuten. Diese müsse sich darauf konzentrieren, dass die im Moment vorhandenen Nutzungen auch weitere sein könnten. Dies bedeute auch, dass andere Dinge nachrangig seien und eine Gesamtsanierung dieses Gebäudes nicht in mittelfristigen Zeiträumen angenommen werden könne. Er sehe auch nicht, dass Private eingebunden werden könnten. Es gehe bei der DFFB nicht nur darum, einen Hangar herzurichten, sondern um den räumlichen Bedarf, der Seminar- und Verwaltungsräume etc. umfasse. Die Annahme, dass mit den im Moment zur Verfügung stehenden Mitteln und Kapazitäten eine sanierte Tempelhofliegenschaft bis 2025 für die DFFB zur Verfügung gestellt werden könnte, sei eine nicht realistische.

Sibylle Meister (FDP) stellt die Frage und regt Überlegung an, ob Tempelhof der richtige Ort sei, um zukünftig die DFFB dort unterzubringen. Möglicherweise müsse ein Ort gesucht werden, der 2026 bezugsfertig sei, um das Provisorium zu sparen.

Christian Goiny (CDU) wirft auf die Äußerung von Abg. Zillich ein, dieser Thematik müsse im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung angenähert werden. Wie sinnvoll sei eine externe Anmietung versus Eigennutzung mit den erforderlichen Umbaukosten über einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren? Seine zugegeben rudimentären Kenntnisse der Konzeption der DFFB am Standort Tempelhof widersprüchen der Einschätzung von Abg. Zillich; es seien keine außergewöhnlichen Kosten zu erwarten. Es könne nicht darauf gewartet werden, irgendwann so viel Geld haben zu können, das gesamte Flughafengebäude auf einmal sanieren zu können. Insofern seien Teilabschnitte realistisch. Es sei sinnvoll, zumindest für einen Hangar eine Lösung zu finden, die auf der anderen Seite hohe Mietzahlungen und zwei Umzüge erspare und eine zu dem Standort passende Nutzung ermögliche.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) gibt zu bedenken, dass der Umzug einer Film- und Fernsehhochschule keiner sei, der innerhalb eines Jahres bewerkstelligt werden könne. Es sei ein größeres Projekt, das entsprechender Vorplanung bedürfe. Wenn die Tempelhof Projekt GmbH mitteile, die Herrichtung bis 2025 definitiv nicht angemessen herstellen könne und der Mietvertrag am Potsdamer Platz in 2025 auslaufe, im günstigsten Fall noch ein Jahr verlängert werden könne, müsse in Alternativen gedacht und geplant werden. Eine Zwischenlösung müsse dann auch im Verhältnis, mindestens fünf Jahre oder länger, zu den Umzugskosten stehen.

Vorsitzende Franziska Becker stellt für den Ausschuss fest, dass der Bericht [0110](#) zu a) zur Kenntnis genommen worden sei. Die Senatskanzlei werde um Bericht gebeten. Der Bericht in der Austauschfassung [0111-1](#) sei ebenfalls zur Kenntnis genommen worden.

Titel 11960 – Einnahmen aus dem Betrieb der Top Level-Domain "berlin"

Elke Breitenbach (LINKE) bittet um einen Bericht zur Entwicklung der Domain in den letzten Jahren unter Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben, Maßnahmegruppe 32, Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT, lfd. Nr. 2.

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 zum Titel 11960 die Entwicklung der Top Level-Domain "berlin" in den letzten Jahren unter Berücksichtigung der Einnahmen und der Ausgaben, MG 32 – Titel 51185, lfd. Nr. 2, zu erläutern.

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke

Christian Goiny (CDU) kündigt Nachreichung schriftlicher Fragen an.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Bericht und um Erläuterung zum Hintergrund der Veränderung. Was sei der Hintergrund der Personalentwicklung?

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 zu den Titeln 42201 und 42801 die jeweiligen Veränderungen zu erläutern und die Hintergründe der Personalentwicklung darzustellen

Titel 42861 – Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Solidarischen Grundeinkommens (SGE)

Sibylle Meister (FDP) führt aus, nach ihren Informationen sei das solidarische Grundeinkommen bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales veranschlagt. Warum sei dieser Titel neu eingefügt worden?

Dr. Kristin Brinker (AfD) äußert, es seien nur Platzhalter eingestellt. Was sei der Plan?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) legt dar, es sei tatsächlich nur ein Platzhalter für die Möglichkeit, auch in der Senatskanzlei die Option des solidarischen Grundeinkommens zu nutzen. Dies sei rechtlich vorgesehen.

Sebastian Walter (GRÜNE) bemerkt, es sei ungewöhnlich, einen Titel zur reinen Vorsorge einzufügen. Andere Senatsverwaltungen täten dies nicht. Welche konkreten Überlegungen würden sich dahinter verbergen?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) antwortet, es sei lediglich ein Merkposten. Es gebe keine konkrete Planung, Beschäftigte im Rahmen des solidarischen Grundeinkommens einzustellen.

Steffen Zillich (LINKE) wirft ein, es gebe zum einen das bei SenIAS ressortierende Programm und zum anderen die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rahmen des solidarischen Grundeinkommens. Demnach müsste es einen korrespondierenden Einnahmetitel geben, der die Programmmittel vereinnahme. Er bitte um einen schriftlichen Hinweis zur Veranschlagungssystematik.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) sagt einen schriftlichen Bericht zu. Grundsätzlich ermächtigt solche Merksätze zu Ausgaben. Sie habe keinen Überblick, ob es diese Ansätze in anderen Einzelplänen gebe. Sie werde schriftlich über die konkreten Finanzflüsse im gegebenen Fall berichten.

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 zu erläutern, warum der Titel 42861 neu geschaffen wurde und welche Veranschlagungssystematik dafür maßgeblich war.

Titel 52610 – Gutachten

Dr. Kristin Brinker (AfD) interessiert, wie sich die Gutachtenleistungen tatsächlich aufteilen, insbesondere zum Punkt der Verwaltungssteuerung auf Grundlage des Zukunftspakts Verwaltung. Nach ihrem Eindruck seien zu diesem Bereich bereits diverse Gutachten erstellt worden.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) erklärt, der überwiegende Teil des Ansatzes sei für das Thema Verwaltungssteuerung vorgesehen. Hier gehe es noch einmal darum, externe Beratung insbesondere bei der Entwicklung der gesamtstädtischen Zielvereinbarungen zu erhalten, wofür weitere Rechtsgutachten nötig seien, die sich mit Möglichkeiten und Fragen der weiteren Entwicklung beispielsweise auch hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Hauptverwaltung und Bezirken befasse. Aktuell sollten digitale Lösungen, ein Dashboard, aufgebaut werden, mit dem nachvollziehbar seien, in welchen Bereichen sich die Bezirke und die Hauptverwaltung wie anhand der Zielvereinbarung entwickelten. Um das vorzubereiten und abzusichern, würden weitere Gutachten in Auftrag gegeben. Des Weiteren gebe es noch einen kleinen vierstelligen Betrag für Gutachten zum Glücksspielstaatsvertrag.

Christian Goiny (CDU) bittet um Zuleitung der Aufgabenstellung für diese Gutachten.

Sibylle Meister (FDP) äußert, sie sei überrascht, dass diese Gutachten den überwiegenden Teil einnehmen. Es seien mehr als 500 000 Euro pro Jahr. Nach ihrer Erinnerung gebe es diverse Gutachten zur Verwaltungsreform. Auch seien Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Bericht zu den Kalkulationen für die Gutachten. Auf der Konsensliste stehe die große Liste zu Gutachtaufträgen des letzten halben Jahres. Sie sei Teil des Auflagenbeschlusses der letzten Beratung zum Doppelhaushalt. Er werbe für eine Fortführung dieser Liste. Beschlusslage des Auflagenbeschlusses sei es, dass alle Gutachten in der Bibliothek des Abgeordnetenhauses erhältlich sein sollten. Auch er bitte um Zuleitung der Gutachten. Warum sei eine Evaluierung des Glücksspielstaatsvertrags erforderlich? Gebe es ein landesspezifisches Interesse, dass Berlin eine eigene Evaluierung des Staatsvertrags vornehme?

Dr. Kristin Brinker (AfD) schließt sich der Bitte von Abg. Walter an. Sie bitte um schriftliche Nachlieferung der genauen Kosten und deren Aufteilung.

Christian Goiny (CDU) schließt sich der Anregung von Abg. Walter an, die Auflistung fortzuschreiben. Er bitte darum, die Aufgabenstellung für das Gutachten vor Erteilung zu erhalten, um über die Fragestellung diskutieren zu können.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) stellt klar, wesentlicher Teil im Rahmen der Verwaltungssteuerung sei eine Kooperationsvereinbarung mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, die dabei unterstütze, auch die Datenkompetenz, Stichwort: Dashboard, zwischen Hauptverwaltung und den Bezirken unter Beratung weiter aufzubauen. Weitere Informationen lasse er zukommen. Hinsichtlich des Glücksspielstaatsvertrags seien für 2022 und 2023 jeweils 2 500 Euro vorgesehen, um nach Inkrafttreten des Glücksspielstaatsvertrages 2021 praktische Fragen klären zu können, die mit der Umsetzung, der Erfahrung und Evaluierung im Bereich des Glücksspielstaatsvertrags zusammenhängen.

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 zum Titel 52610 ergänzende Erläuterungen zu den geplanten Gutachten einschließlich deren Kostenkalkulation vorzulegen. Die Senatskanzlei werde ferner gebeten, zum Titel 52610 ergänzende Erläuterungen zu den geplanten Gutachten einschließlich deren Kostenkalkulation vorzulegen.

Titel 53102 – Berlin-Informationen

Benedikt Lux (GRÜNE) spricht über das Ist von knapp 5 Mio. Euro in 2020. In 2021 betrage das Ist 3,5 Mio. Euro bei einem Ansatz von 861 000 Euro, der auch in 2022 und 2023 so fortgeführt werden solle. Er bitte um Erläuterung, wofür die zusätzlichen Mittel in Höhe von rund 2,7 Mio. Euro im vergangenen Jahr ausgegeben worden seien

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) erklärt, dass dieser Titel während der Pandemie quasi als Sammeltitel verwendet worden sei, um daraus pandemiebezogene Ausgaben leisten zu können. Darunter seien Informationen wie Flyer, die von der Senatskanzlei in diesem Zusammenhang ausgegeben worden seien, aber auch Coronatests und Masken. Es seien auch Beschaffungen für andere Senatsverwaltungen vorgenommen wurden, die an die anderen Fachverwaltungen weitergegeben worden seien. Es werde davon ausgegangen, dass die Pandemie nicht mehr in dem Umfang weitergehen werde, zumindest nicht so unvorbereitet. Insofern sei der Ansatz wieder geringer abgebildet, um die tatsächlich notwendigen Bedarfe im Tagesgeschäft abzubilden, vor allem die Organisation von Veranstaltungen, beispielsweise die Präsentation Berlins zum Tag der Deutschen Einheit in Erfurt sowie Publikationen und Pressearbeit, das Stadtinformationssystem berlin.de.

Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen

Dr. Kristin Brinker (AfD) möchte wissen, was sich dahinter verberge.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) führt aus, dahinter verberge sich die Pflege der 17 Städtepartnerschaften, gemeinsame Projekte, Delegationsbesuche oder Veranstaltungen mit der Zivilgesellschaft im Rahmen der Städtepartnerschaft. 2022 würden das 30-jährige Jubiläum mit der Region Brüssel-Hauptstadt, das 30-jährige Jubiläum mit der Stadt Budapest, das 35-jährige Jubiläum mit Paris und das 55-jährige Jubiläum mit Los Angeles begangen. 2023 seien Jubiläen zu 35 Jahren Madrid-, 30 Jahren Mexiko-Stadt- und 30 Jahren Taschkent-Partnerschaft vorgesehen. Die Jubiläen bildet den größten Teil ab. 2022 machten diese 120 000 Euro, in 2023 90 000 aus.

Sebastian Walter (GRÜNE) bemerkt, in den letzten beiden Jahren seien geplante Veranstaltungen ausgefallen, beispielsweise das Jubiläum 20 Jahre Städtepartnerschaft Berlin-Windhuk. Sei geplant, in diesem und möglicherweise auch im nächsten Jahr solche coronabedingten Ausfälle eventuell nachzuholen und diese Jubiläen nachträglich zu würdigen oder eine andere Form von Veranstaltungen zu finden? Er würde solche begrüßen.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) legt dar, Städtepartnerschaften würden auch jenseits von Jubiläen gepflegt. Die Regierende Bürgermeisterin habe beispielsweise mit der Stadt Windhuk Anfang dieses Jahres eine Hilfsunterstützung über Vivantes veranlasst, um Krankenhäuser zu unterstützen. Er sage eine bilaterale Rückmeldung zu, ob Jubiläen nachgeholt würden.

Christian Goiny (CDU) kommt auf die Ausführungen der Regierenden Bürgermeisterin im Medienausschuss zu sprechen, die ihr besonderes Engagement für die Film- und Medienpolitik unterstrichen habe. In den letzten Jahren habe es im Fachausschuss eine sehr erfolgreiche,

effiziente und fraktionsübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Regierungsfractionen sowie der FDP und der Union gegeben, die sich verschiedenen Facetten der Förderung des Medienstandorts Berlin gewidmet habe, unter anderem, eine Initiative der Vernetzung europäischer Filmstädte und Filmfestivalstädte stärker in den Fokus zu nehmen. Dafür habe es in der letzten Wahlperiode in diesem Titel einen Ansatz gegeben, der jetzt weggefallen sei. Er bitte um Darstellung seitens der Regierenden Bürgermeisterin bzw. der Senatskanzlei, wie die Unterstützung dieser Initiative in den kommenden beiden Haushaltsjahren erfolgen solle. Welche Akzente würden zusätzlich gesetzt? Wie könne das Parlament einbezogen werden, insbesondere der Fachausschuss? Aus welchem Haushaltstitel erfolge die Finanzierung?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) erklärt, dieser Ansatz sei nunmehr bei Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH vorgesehen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Elke Breitenbach (LINKE) führt aus, für sechs Senatsverwaltungen würden Belegplätze in Kindergärten zur Verfügung gestellt werden. Sie bitte um Erläuterung des Konstrukts und der Historie.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) erklärt, seit 2012 würden Kitaplätze durch die Senatskanzlei aufgrund eines Vertrages mit dem Betreiber Fröbel vorgehalten. Aktuell seien es 28 Plätze. Seit 2018 seien dabei auch Plätze für die Finanzverwaltung, die Innenverwaltung, die Kulturverwaltung, SenStadtWohn, SenUVK, bis 2021 die Bildungsverwaltung und die Senatskanzlei vorgesehen. 2021 sei die Senatsbildungsverwaltung aus dieser Kooperation ausgestiegen. Wie viele Plätze im Detail für welche Verwaltung vorlägen, sei nicht nachvollziehbar. Dieses Projekt solle beendet werden; der Vertrag mit dem Betreiber sei bereits gekündigt.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt nach, wann der Vertrag auslaufe. Die Mittel seien weiterhin etatisiert.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) berichtet, der Vertrag sei zum 30. Juni 2022 gekündigt. Die Darstellung im Haushaltsplanentwurf sei nicht korrekt.

Elke Breitenbach (LINKE) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 zum Titel 54010 zu erläutern, wie die Initiative zur Vernetzung europäischer Filmfestivalstädte und zur Förderung von Film und Filmfestivals in den kommenden zwei Haushaltsjahren unterstützt werden solle. Welche Akzente sollten zusätzlich gesetzt, wie solle das Parlament mit eingebunden und aus welchem Haushaltstitel solle die Unterstützung zukünftig finanziert werden?

Titel 54053 – Veranstaltungen

Sebastian Walter (GRÜNE) interessiert, was sich hinter Verwaltungssteuerung mit einem Ansatz in Höhe von 100 000 Euro verberge. Sei der bisherige #FARBENBEKENNEN Award nicht mehr im Haushalt etatisiert?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) erklärt, dass der #FARBENBEKENNEN-Award im Engagement-Sammeltitel bei Titel 54612 – Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vorgesehen sei. In 2022 und 2023 seien jeweils 100 000 Euro vorgesehen. Bezüglich der Verwaltungssteuerung sei für den CDO ein Posten für Veranstaltungen zur Bekanntmachung der Zielvereinbarungen und Entwicklungen der gesamtstädtischen Steuerungen vorgesehen, im Rahmen dessen über die Zielvereinbarung öffentlich informiert werden könne.

Sibylle Meister (FDP) hält den Ansatz von 100 000 Euro für Veranstaltungen im Bereich der Verwaltungssteuerung für sehr hoch, zumal das Jahr bis zum Beschluss des Haushalts zur Hälfte vorbei sei. Was sei geplant?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) führt aus, damit werde beispielsweise auch der Verwaltungssaward finanziert, der schon in den letzten Jahren vergeben worden sei, um besondere Leistungen in der Berliner Verwaltung herauszuheben. Es sei ein wichtiges Element der Wertschätzung der Beschäftigten des Landes Berlin und dabei entwickelter besonders innovativer Strukturen. Unter den Ansatz fielen auch kleinere Posten, mit denen darüber informiert werde, wie weiter verfahren werde. So werde am heutigen Tag eine gemeinsame Erklärung der Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern unterzeichnet. Es gebe eine Nachvollziehungspflicht gegenüber der Öffentlichkeit.

Christian Goiny (CDU) bittet um eine Übersicht über die Prämierungen in den letzten Jahren. Was sei alles erdacht und prämiert worden?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) sagt dies zu. Das Bezirksamt Neukölln habe beispielsweise eine wunderbare Einstellungsoffensive aufgelegt. Das Personalmanagementkonzept sei dafür prämiert wurden.

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 zum Titel 54053 eine Übersicht der prämierten Projekte im Rahmen der Verwaltungssteuerung aufzuliefern.

Titel 54104 – Betreuung von Verfolgten des NS-Regimes bei Berlin-Besuchen

Vorsitzende Franziska Becker bittet in ihrer Funktion als Abgeordnete um Ausführungen, worum es genau gehe, insbesondere hinsichtlich der Initiative im Zusammenhang mit den Stolpersteinen. Es gebe auch viele ehrenamtliche Aktivitäten auf der bezirklichen Ebene. Sei vorgesehen, diese auszuweiten? Wie weit sei das Projekt gedacht?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) führt aus, pandemiebedingt habe es in den letzten beiden Jahren deutlich niedrigere Ausgaben gegeben, weil viele ältere Leute hätten geschützt

werden sollen. Er gehe davon aus, dass dies in den nächsten beiden Jahren wieder besser würde. Die Stolpersteininitiative solle unterstützt werden, um dieses Projekt berlinweit besser voranzubringen. Vorrangig sei der Titel gedacht, um Besuche der Überlebenden des Holocaust und der NS-Verfolgten in Berlin zu ermöglichen; insbesondere Reisekosten, Unterbringungs- und Verpflegungskosten seien hier vorgesehen.

Titel 54611 – Kommunikation Hauptstadtmarke

Christian Goiny (CDU) erinnert an Debatten in der letzten Wahlperiode relativ ausführlich über die Weiterentwicklung und Neukonzeptionierung des Hauptstadtportals berlin.de. Er bitte zur zweiten Lesung um den aktuellen Stand der Beratung, Verhandlungen und Neukonzeption.

Dr. Kristin Brinker (AfD) bittet um schriftliche Darlegung, was genau mit 2 Mio. Euro jeweils geplant sei.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) weist darauf hin, dass berlin.de im Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT etatisiert sei. Er werde berichten, wie sich die weitere Entwicklung bei berlin.de vollziehe.

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 zum Titel 54611 zu erläutern, welche Maßnahmen mit den eingestellten Mitteln umgesetzt werden sollten. Sie werde ferner aufgefordert, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 zum Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT den aktuellen Stand der Verhandlungen zur Weiterentwicklung und Neukonzeptionierung des Hauptstadtportals berlin.de darzustellen.

Titel 54612 – Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Elke Breitenbach (LINKE) bittet um einen Bericht über die geplanten Aktivitäten und deren finanziellen Aufwand. Wie würden mein.berlin.de und bürgeraktiv weiter entwickelt? Gebe es einen Zeitplan?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) sagt schriftliche Beantwortung zu.

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 zum Titel 54612 die geplanten Aktivitäten und den jeweiligen finanziellen Aufwand darzustellen. Wie und in welchem zeitlichen Rahmen sollten die Projekte „mein.berlin.de“ und „Bürgeraktiv“ weiterentwickelt werden?

Titel 54614 – WLAN-Initiativen der Senatskanzlei

Dr. Kristin Brinker (AfD) stellt fest, es handele sich um ein Dauerprojekt, das nicht wirklich funktioniere. Sie bitte um einen aktuellen Statusbericht zum tatsächlichen Sachstand. Wofür würden die 2,1 Mio. Euro jeweils ausgegeben? Sie bitte um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) führt aus, in den letzten Jahren seien die Ansätze höher als das tatsächliche Ist gewesen. Auch in den letzten beiden Jahren sei geplant worden, den Betrieb aus dem Pilotverfahren heraus in ein Regelbetrieb zu überführen. Dies sei aufgrund unterschiedlicher Faktoren – pandemiebedingte Verzögerungen, rechtliche Fragestellungen rund um die Ausschreibung – nicht gelungen. Eine Ausschreibung solle in diesem Jahr erfolgen mit der Zielsetzung, dies auch in diesem Jahr in einen Regelbetrieb zu überführen. Geplant sei auch, diesen Titel an die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport zu übertragen, wo er fachlich und wegen der engen Anbindung an das ITDZ besser veranschlagt sei.

Christian Goiny (CDU) interessiert ein Maßnahmen-, Zeit- und Kostenplan für die beiden kommenden Jahre zu diesem Projekt in Ergänzung zu den Ausführungen von Frau Abg. Brinker.

Elke Breitenbach (LINKE) bittet um Ergänzung zu den Ausschreibungen und zum Zeitplan.

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 darzustellen, wie die Mittel für die WLAN-Initiativen der Senatskanzlei konkret eingesetzt werden sollen und einen aktuellen Sachstandsbericht, einschließlich eines Zeit-/Maßnahmen-/Kostenplans, zum Ausbau des WLAN-Netzes und der digitalen Infrastruktur aufzuliefern. Was solle im Einzelnen mit welchem zeitlichen Horizont in diesem Rahmen ausgeschrieben werden?

Titel 68123 – Ehrungen, Preise

Elke Breitenbach (LINKE) spricht über die Verleihung des Wissenschaftspreises. Es gebe auch einen Preis bei der Wissenschaftsverwaltung. Seien es unterschiedliche Preise?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) erklärt, sowohl in der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung als auch der Senatskanzlei sei ein Titel für den Wissenschaftspreis vorgesehen. In der Senatskanzlei werde der Empfang im Rathaus ausgerichtet. Auch werde das Preisgeld für den Wissenschaftspreis ausgezahlt. Die Wissenschaftsverwaltung bezahle aus den Mitteln die Veranstaltung selbst sowie das Management im Vorfeld der Veranstaltung.

Sebastian Walter (GRÜNE) interessiert, wer konkret den Preis verleihe.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) antwortet, dass die Regierende Bürgermeisterin den Preis verleihe.

Titel 68207 – Zuschuss an die Deutsche Film- und Fernsehakademie

Christian Goiny (CDU) bittet um Zurückstellung zur zweiten Lesung.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH

Christian Goiny (CDU) verweist auf eine Ansatzerhöhung, die im Wesentlichen zweckgebunden sei. Für die eigentliche Arbeit des Medienboards, für die Filmförderung, sei nicht sehr viel mehr Spielraum vorhanden. Sei dies zutreffend? Nicht aufgeführt sei das Human Rights Film Festival. Sei dies in den beiden kommenden Jahren wieder vorgesehen, in welcher Größenordnung? Falle die weitergehende Unterstützung der Programmkinos unter die Folgen der Bewältigung der Coronapandemie? In welcher Größenordnung stünden Mittel für die Vernetzung der europäischen Filmfestivals zur Verfügung? Die VFX Förderung sei immer unterstützt worden. Eine Investition in den Bereich der digitalen Filmförderung und -bearbeitung lohne in vielerlei Hinsicht. Die in den letzten Jahren zur Verfügung gestellten Mittel seien schnell belegt gewesen. In der Branche seien hochspezialisierte Arbeitsplätze in der Branche entstanden; Berlin sei wieder wettbewerbsfähig geworden. Nach seinen Informationen werde der Ansatz von 3 Mio. Euro auf 2 Mio. Euro reduziert, obwohl schon die 3 Mio. Euro nicht ausreichend gewesen seien. Welche Konzeption verfolge die Senatskanzlei als die für die Filmwirtschaft zuständige Verwaltung in Kooperation mit der Wirtschaftsverwaltung und dem Medienboard? Er bitte um einen schriftlichen Bericht zur zweiten Lesung.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) erklärt, die Vernetzung der Filmfestivals sei in diesem Titel vorgesehen und sei in die Förderung der Filmfestivals einbezogen. Die VFX-Förderung sei bei der Wirtschaftsverwaltung etatisiert. Er werde sich um entsprechende Informationen in Form eines schriftlichen Berichts bemühen. Das Human Rights Film Festival sei auch Gegenstand des Ansatzes, der 800 000 Euro für 2022 und 1 Mio. Euro für 2023 vorsehe. Im Haushalt gebe es ein paar Vorgaben, was das Medienboard nach Vorstellung der Senatskanzlei in den kommenden beiden Haushaltsjahren zu entwickeln habe. Der Aufwuchs für das Medienboard entspreche auch der Prioritätensetzung der Koalition und sei deutlich. Für das tägliche Geschäft des Medienboards stünden ausreichend Mittel zur Verfügung. Für die Unterstützung der Programmkinos seien 2022 1,2 Mio. Euro sowie in 2023 1,5 Mio. Euro vorgesehen. Der andere Titel, der sich auf die coronabedingten Maßnahmen im Bereich Film beziehe, sei der Berliner Beitrag zum Filmausfallfonds mit 5 Mio. Euro. Für den Fall, dass es wieder Ausfälle bei Filmdrehen gebe, solle ermöglicht werden, die Produzenten gegebenenfalls unterstützen zu können. Es gebe den Programmkinopreis. Aktuell werde überlegt, wie eine Unterstützungsgestaltung für die Kinos gemeinsam aus diesem Ansatz würde geleistet werden können.

Christian Goiny (CDU) konstatiert, der Ansatz werde um gut 3 Mio. Euro gegenüber dem Ansatz 2021 erhöht. Tatsächlich habe das Medienboard aber schon die ganze Zeit über 16 Mio. Euro ausgegeben. Würden die vorgenannten Aufgaben noch in den Ansatz hineingeschrieben, stelle sich die Frage, wie der Ansatz im Lauf der Haushaltswirtschaft verstärkt werden könne. Ansonsten bedeute dies für die klassische Filmförderung eher eine Kürzung, würden die Vorgaben umgesetzt. Er selbst habe nichts gegen diese Schwerpunktsetzung, der Ansatz müsse aber auskömmlich sein.

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 zum Titel 68324 zu erläutern, wie die eigentliche Arbeit des Medienboards für die Filmförderung gefördert werden solle. Wie sehe die Konzeption der Senatskanzlei zur VFX-Förderung in Berlin aus?

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Dr. Kristin Brinker (AfD) führt aus, unter Nr. 1 werde in der Erläuterung aufgeführt, dass es um die Förderung der Digitalisierung in gemeinnützigen Organisationen gehen solle. Welche Organisationen seien dies? Wie würden die Mittel aufgeteilt? Gebe es eine Ausschreibung? Sie bitte um Erläuterung zu dem ab 2023 vorgesehenen Ansatz für den Bürgerinnen- und Bürgerrat, Nr. 6.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) berichtet, das Förderprogramm werde ausgeschrieben. Dem liege das Ergebnis der ZiviZ-Studie zur Lage der Zivilgesellschaft in Coronazeiten zugrunde. Dort solle es ein Förderprogramm für unter anderem die Digitalisierung in gemeinnützigen Organisationen geben, die sich auf drei Säulen konzentriere, die Qualifizierung und Vernetzung, die Förderung von digitaler Infrastruktur und die Förderung von digitalem Engagement. Außerdem werde damit das Landesnetzwerk Bürgerengagement unterstützt. Für den Bürgerinnen- und Bürgerrat, Nr. 6, sei erst in 2023 eine Förderung vorgesehen, weil es in 2022 in der vorläufigen Haushaltswirtschaft für nicht realistisch erachtet werde, eine Einsetzung zu realisieren.

Christian Goiny (CDU) bittet um einen Bericht zur ersten Sitzung des Hauptausschusses im Januar zur weiteren Fortsetzung des Konzepts und Umsetzung beim Bürgerinnen- und Bürgerrat.

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur ersten Sitzung im Januar 2023 das Konzept und den Zeitplan des Bürgerinnen- und Bürgerrats vorzulegen.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Christian Goiny (CDU) bittet, unter den Maßnahmen bei Nr. 10, Zuwendung Urania, über die Schwerpunktsetzung bei der Neukonzeptionierung schriftlich zu berichten. Inwieweit bleibe der bisherige Auftrag bzw. die bisherige Arbeit der Urania erhalten, eine für breite Schichten der Bevölkerung zugängliche Wissens- und Informationsvermittlung zu Fragen der Zeit zu ermöglichen. Nach seiner Auffassung sollte dies weiterhin Platz erhalten. Er begrüße die Internationale Computerspielesammlung. Er bitte um einen Bericht zu den konkreten Planungen. Wo liege die Unterstützung des Landes Berlin konkret? Im letzten Doppelhaushalt sei hier noch eine Unterstützung für die freien Radios vorgesehen gewesen, ein fraktionsübergreifendes Anliegen. Sei diese Unterstützung auch anderswo etatisiert?

Sebastian Walter (GRÜNE) schließt sich bezüglich des Informationswunsches zur Urania an. Es sei aber überzeugt, dass der neue Ansatz dazu führe, dass sich die Urania für die Stadtgesellschaften der unterschiedlichen Vielfalt öffnen werde. Insofern überzeuge das Konzept. Er bitte um einen schriftlichen Bericht, wofür genau die Zuwendungsmittel verwandt würden. Die große Herausforderung bei der Urania werde der Umbau, Neubau auch in Teilen sein. Gebe es Informationen zum Zeitplan? Könne es Unterstützung für die große Herausforderung geben, dass die Urania einen Interimsstandort, zumindest in Teilen, benötige?

Dr. Kristin Brinker (AfD) interessieren die Zuschüsse für auswärtige Städteverbindung unter Nr. 5. Warum würden diese nicht bei Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen zusammengefasst? Was verberge sich unter Nr. 6, dem Zuschuss für verschiedene Zwecke? Was verberge sich unter Nr. 7, der Zuschuss für Smart-Cities-Projekte? Der Zuschuss steige in 2023 enorm an.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) führt aus, geplant sei, die Radios im Ansatz für das Medienboard mit einer kleineren Unterstützung im fünfstelligen Bereich vorzusehen. Er nehme erfreut zur Kenntnis, dass die Internationale Computerspielesammlung unterstützt werde. Das Projekt sei seit 2017 aufgebaut worden und fungiere seit 2019 auch als digitale Datenbank. Es sei für den Gamesstandort Berlin sehr von Vorteil, diese Sammlung mit einer Kofinanzierung des Bundes nach Berlin holen zu können. Bei der Urania seien Investitionsmittel in Höhe von 42 Mio. Euro durch das Land Berlin und 42 Mio. Euro durch den Bund vorgesehen, um den Umbau der Urania zu ermöglichen. In diesem Ansatz seien Mittel für die programmatische Ausgestaltung etatisiert. Er finde es richtig, dass sich das Land Berlin auch ein wenig programmgestalterisch einbringen könne, wenn sich Berlin in diesem Umfang an den Investitionen beteilige. Unabhängig davon könne das heutige Programm der Urania durchaus fortbestehen. Der Verein sei unabhängig in seiner Programmgestaltung.

Bezüglich der Städteverbindungen seien unterschiedliche Bereiche angesprochen, zum einen die formalen Städteverbindungen mit Jubiläen und Veranstaltungen. Hier gehe es um spezifische Projekte mit internationalem Bezug, die nicht explizit nur der Städtepartnerschaft in einzelnen Bereichen dienen, beispielsweise die Unterstützung der Villa Aurora und des Thomas Mann Houses bzw. die Otto-Hahn-Friedensmedaille.

Die Drehgenehmigungen seien Thema auch der Richtlinien der Regierungspolitik und des Koalitionsvertrages gewesen. Es solle eine One-Stop-Agency für Drehgenehmigungen in Berlin aufgebaut werden, um die hohe Anzahl an Drehgenehmigungen in den Bezirken besser zu steuern. In diesem Jahr werde mit der Konzeption einer solchen Anlaufstelle geplant. In kleinerem Umfang würden auch noch Beratungen eingeholt. Im kommenden Jahr werde voraussichtlich mit einer Ausschreibung begonnen.

Thomas Wolniak (SKzl) ergänzt, die Zahl bei Nr. 6 – Zuschuss für verschiedene Zwecke –, 82 500 Euro, gehöre zum Teilansatz Nr. 7 – Smart-Cities-Projekte –. Der Betrag sei in der Zeile verrutscht. Der Ansatz von 3 000 Euro in 2023 sei ursprünglich drei Merkansätze gewesen, 1 000 Euro für den Kauf von BerlinOnline, der schon im letzten Jahr erfolgt sei, 1 000 Euro für den Betrieb von BerlinOnline, der jetzt bei dem Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT veranschlagt sei, sowie 1 000 Euro Merkansatz für die Metropolenkonferenz Q Berlin, die mittlerweile mit einer VE in Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland als eigenständiger Teilansatz überführt worden sei.

Christian Goiny (CDU) weist zur Internationalen Computerspielesammlung, Nr. 11, darauf hin, dass es einen physischen Ort mit dem Computerspielemuseum gebe, wo nicht nur Spiele gezeigt, sondern auch Geräte vorhanden seien. Begrüßt werde, dass dieses einbezogen werde, mit unterstütze und Teil der Initiative sein.

Bei dem Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH habe es wie bei Titel 68569 noch einige zusätzliche Erläuterungen gegeben, die bislang nicht enthal-

ten gewesen seien. Er bitte, für diese beiden Seiten, Seite 22 und Seite 25, um Austauschseiten mit aktualisierten Erläuterungen für die zweite Lesung zur Verfügung zu stellen. Zum Thema Nr. 9, Drehgenehmigungen, interessiere die tatsächliche Aufgabenstellung und Konzeption, da in originäre Verwaltungszuständigkeiten eingegriffen werden solle. Seien möglicherweise Rechtsänderungen nötig? Wofür würden die Beträge im Einzelnen benötigt? Er bitte um schriftlichen Bericht zur zweiten Lesung.

Dr. Kristin Brinker (AfD) schließt sich der Bitte hinsichtlich einer Austauschfassung an.

Steffen Zillich (LINKE) problematisiert, fraglich sei, ob das Computerspielmuseum und die Internationale Computerspielesammlung im Zusammenhang zu betrachten sei. Sie erhielten keine nennenswerte öffentliche Förderung und seien durch die Pandemie beeinträchtigt.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) äußert, er nehme dieses Thema auf und werde mit der Kulturverwaltung sprechen, die bei der Museumsgestaltung involviert sei. Es gebe ein Interesse, die Dinge zusammenzubringen. Es müsse im Gespräch mit der Internationalen Computerspielesammlung beachtet werden, welche Vorstellungen es dort gebe. Da auch der Bund mit einer Kofinanzierung beteiligt sei, müssten auch dessen Vorstellungen berücksichtigt werden.

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 zum Titel 68569 die folgenden Punkte zu erläutern und eine Austauschfassung mit der korrekten Darstellung der Beträge und Erläuterungen aufzuliefern:

Nr. 9: Wie soll die Aufgabenstellung/Konzeption einer zentralen Anlaufstelle für Drehgenehmigungen aussehen? Welche Beträge sind für welche Maßnahmen aktuell vorgesehen? Welche Rechtsänderungen sind möglicherweise dafür notwendig?

Nr. 10: Bitte um schriftliche Darstellung der Schwerpunktsetzung der Neukonzeptionierung der Urania e.V., insbesondere auch unter dem Aspekt, wie die bisherige Arbeit der Urania erhalten bleibt? Was genau sollen mit den Zuwendungsmitteln umgesetzt werden? Welcher Zeitplan besteht für den Um-/Neubau der Urania, welche Überlegungen gibt es hinsichtlich eines Interimsstandorts während der Bauphase?

Nr. 11: Bitte um Darstellung der konkreten Planungen zur Unterstützung der Internationalen Computerspielesammlung im Land Berlin. Soll das bereits bestehende Computerspielmuseum in Friedrichshain-Kreuzberg mit eingebunden bzw. ebenfalls gefördert werden?

Titel 68580 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für coronabedingte Ausgaben

Christian Goiny (CDU) bittet um einen Bericht zur zweiten Lesung, was voraussichtlich in diesem Jahr erkennbar aus diesem Titel noch an Coronahilfen finanziert werden müsse.

Der **Ausschuss** beschließt, die Senatskanzlei zu bitten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur 2. Lesung des Einzelplans 03 am 13.05.2022 zum Titel 68580 zu erläutern, was aus diesem

Titel noch in 2022 als Coronahilfen finanziert werden müsse. Wo bestünden weitere Zuschussbedarfe?

Titel 68590 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen

Dr. Kristin Brinker (AfD) fragt, ob es schon konkretere Informationen gebe. Würden diese ausgeschrieben? Wie sei der Sachstand?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) erklärt, gefördert würden zwei Projekte der Stiftung Zukunft Berlin, das Berlin Forum – ein Projekt zur Förderung des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung – sowie das Projekt Gemeinsam Berlin – Empowerment unterrepräsentierter Gruppen –.

Titel 68629 – Zuschüsse für besondere touristische Projekte
Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte

Sebastian Walter (GRÜNE) führt aus, beide Titel seien nicht mehr veranschlagt. Entfielen die aus diesen Ansätzen finanzierten Projekte?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl) erklärt, beide Titel seien wieder in ihren ursprünglichen Einzelplänen, zum einen bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und zum anderen bei der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport veranschlagt.

Kapitel 0309 – Senatskanzlei - Personalüberhang -

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass die erste Lesung des Einzelplans 03 abgeschlossen sei.

[Unterbrechung der Sitzung von 13.32 Uhr bis 14.03 Uhr]

Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie

Hendrikje Klein (LINKE) teilt für die Koalitionsfraktionen mit, dass diese das Thema Schulbauoffensive in der zweiten Lesung behandeln wollten, weil ein Umsetzungsbericht zur Taskforce noch nicht beim Abgeordnetenhaus eingegangen sei.

Christian Goiny (CDU) erklärt, auch seine Fraktion werde zu diesem Thema bis 1. April noch einige Fragen schriftlich einreichen.

Kapitel 1000 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Antonin Brousek (AfD) erkundigt sich anhand des Beispiels Titel 11915 (neu) – Rückzahlungen von Stipendien, was das „neu“ hier wie auch an anderen Stellen zu bedeuten habe.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) erläutert einleitend, in dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf würden zentrale Vorhaben der Koalition sichtbar abgebildet und durch die Aufnahme zusätzlicher Maßnahmen vorangebracht; zu nennen seien hier insbesondere der Ausbau von Kitaplätzen, das Bonusprogramm für Schulen in schwieriger Lage, das kostenlose Mittagessen und die Berlin-Challenge. Schon 2022 solle deutlich mehr Geld als 2019, dem letzten Jahr vor der Coronapandemie, für die Bereiche Bildung, Jugend und Familie ausgegeben werden. Bereits während der erneuten Haushaltsplanaufstellung habe man allerdings ein strukturelles Defizit von ca. 5 Mrd. Euro im Berliner Gesamthaushalt über die Auflösung dezentraler pauschaler Minderausgaben beheben müssen, um einen verfassungskonformen Haushaltsplanentwurf vorzulegen. Damit seien gegenüber dem Senatsentwurf aus dem Vorjahr drei zentrale Kürzungsvorgaben zu beachten gewesen; diese hätten im Doppelhaushalt gemeinsam ein Volumen von fast 350 Mio. Euro. Die konsumtiven Ausgaben seien fast wieder auf die Höhe der bereinigten Ist-Ausgaben aus dem Jahr 2021, zuzüglich eines Aufwuchses von 2,5 bis 3 Prozent, abgesenkt worden. Das bedeute de facto ein Einsparungsvolumen von 6,5 Prozent. Zusätzlich hätten pauschale Minderausgaben im konsumtiven und im investiven Bereich von 45 Mio. Euro pro Jahr aufgelöst werden müssen. Die neuen Schwerpunkte der Regierungspolitik wolle man gegenfinanzieren. Außerdem sei ein Personalaufwuchs von 38 Beschäftigungspositionen, BePos, und zwei Stellen, u. a. für die Umsetzung der Wiederverbeamtung von Lehrkräften, eingeplant. Damit seien die Verhandlungsspielräume insgesamt nicht größer geworden, weil über Ansatzminderungen bei Ausgabtiteln und teils auch über Ansatzerhöhungen bei Einnahmetiteln, z. B. Rückforderungen von Zuwendungen an Schulen in freier Trägerschaft, für die beiden Jahre 2022/2023 bereits gut 220 Mio. Euro eingespart worden seien, um den Vorgaben zu entsprechen.

SenBJF habe sich dazu entschieden, neben einigen kleinen Haushaltstiteln auch an größeren Vorhaben wie z. B. dem Verfügungsfonds wahrnehmbare Kürzungen anzusetzen. Der Entwurf sei dennoch fachlich ausgewogen und bildete eine klare Priorisierung der zentralen Projekte in der Bildungspolitik ab. So würden mit der Berliner Schulbauoffensive kontinuierlich neue Schulplätze geschaffen, wobei der finanzielle Mitteleinsatz weiter auf sehr hohem Niveau gehalten werde. Auch der Kitausbau komme voran; der aktuelle Haushaltsplan sehe für 2022 und 2023 Landesmittel in Höhe von 56,5 Mio. Euro vor. Über Verpflichtungsermächtigungen werde sichergestellt, dass der Ausbau von Kitaplätzen langfristig gesichert werde.

Ina Wiersgalla (SenBJF) antwortet auf die Frage des Abgeordneten Brousek, SenFin habe vor einiger Zeit ein Stipendienmodell aufgelegt, um dem eklatanten Fachkräftemangel – insbesondere im Bereich der Verwaltungsinformatik – entgegenzuwirken. Das ermögliche es, künftige Fachkräfte schon während ihres Studiums an die Verwaltung zu binden. Daran beteilige sich SenBJF erfolgreich. Der Merkmalsatz sei für den Fall vorgesehen, dass es künftig durch den Abbruch von Studiengängen zur Rückzahlung von Stipendien komme.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bittet darum zu erläutern, weshalb die Ansätze für 2022 und 2023 hier deutlich höher lägen als das Ist 2020.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) antwortet, SenBJF werde hierzu einen schriftlichen Bericht einreichen.

Vorsitzende Franziska Becker erinnert daran, dass alle Berichte bis 25. Mai 2022 vorzulegen seien.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) weist darauf hin, dass der Aufwuchs hier noch erheblicher sei als unter Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten. Auch hierfür bitte sie um Erklärung.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) sagt zu, dass auch hierfür eine schriftliche Erklärung geliefert werde.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf

Sandra Khalatbari (CDU) stellt fest, dass trotz des Voranschreitens des digitalen Zeitalters die unter Nr. 6 veranschlagten Portokosten um 55 000 Euro stiegen. Wie komme es dazu?

Ina Wiersgalla (SenBJF) erläutert, hier seien zum einen Portosteigerungen einkalkuliert und zum anderen der zusätzliche Aufwand, der mit der Vergrößerung des Zuständigkeitsbereiches von SenBJF einhergehe.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erkundigt sich, wie es dazu komme, dass der Ansatz für 2022 und 2023 für die Telefongesprächsgebühren unter Nr. 7 jeweils 0 Euro betrage.

Ina Wiersgalla (SenBJF) erwidert, die Telefongesprächsgebühren würden ab dem Doppelhaushalt 2022/2023 im Einzelplan 25 – Landesweite Maßnahmen des E-Governments veranschlagt.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Hendrikje Klein (LINKE) fragt nach dem aktuellen Stand der Suche nach einem zweiten Standort für die Landeszentrale für politische Bildung.

Ina Wiersgalla (SenBJF) berichtet, SenBJF stehe derzeit über die BIM GmbH in Verhandlungen mit einem potenziellen Vermieter bezüglich eines Standorts in der Rotherstraße. Es werde noch geprüft, ob der Standort entsprechend den Bedarfen der Landeszentrale hergerichtet werden könne.

Hendrikje Klein (LINKE) möchte weiterhin wissen, was man sich unter der Führungskräfteakademie Leadership.lab vorzustellen habe. Warum seien dafür nur 1 000 Euro eingestellt?

Ina Wiersgalla (SenBJF) führt aus, beim Leadership.lab handele es sich um eine künftige Akademie für Führungskräfte in der Berliner Bildung. Es umfasse die Qualifizierung von Schulleitungen, stellv. Schulleitungen, koordinierenden Fachkräften, schulischen mittleren Managements, Schulaufsichten, SIBUZ-Leitungen, Seminarleitungen etc. auf den vier Säulen der Wissenserarbeitung, des Erlernens und Reflektierens von Können, des gemeinsamen Ausprobierens und des Verbindens von Alltagsrealität und bildungspolitischer Zukunft.

Sandra Khalatbari (CDU) interessiert, ob das LISUM dann nicht mehr im Zuständigkeitsbereich von SenBJF tätig sein werde; auch dort fänden ja Leadership-Maßnahmen statt.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) erinnert daran, dass gemäß Koalitionsvertrag ein eigenes Landesinstitut geplant sei, das künftig u. a. die Lehrerfortbildung zentralisiert organisieren solle. Das sei aber nicht schlagartig möglich. Es gebe einen Staatsvertrag mit Brandenburg, und derzeit befinde man sich in Beratungen mit dem Land, wie man ein bestehendes Landesinstitut inhaltlich weiterentwickeln könne. Weiterhin kläre man derzeit, wie in der laufenden Legislaturperiode ein Landesinstitut in Berlin organisiert werden könne. Es gebe hierfür aber noch keinen Zeitplan, und das LISUM sei nach wie vor aktuell.

Sandra Khalatbari (CDU) bittet darum, dass dem Ausschuss ein Bericht zur Verfügung gestellt werde, in dem die Planungen für das neue Leadership.lab vorgestellt würden, sowohl mit Blick auf die Konzeption als auch auf den Zeit- und Maßnahmenplan.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der Ausschuss erwarte den Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erkundigt sich bezüglich der Rhinstraße 46, wie viele Quadratmeter dort bisher in Nutzung seien und wie viele weitere hinzukämen.

Ina Wiersgalla (SenBJF) antwortet, derzeit würden dort 4 250 qm genutzt. Eine Ausweitung sei für die Zeit des vorliegenden Doppelhaushalts nicht geplant, da die einzige mögliche Fläche hierfür längerfristig anderweitig vermietet sei.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) weist darauf hin, dass es in der Erläuterung zum Titel heiße: „Mehr aufgrund der Anmietung zusätzlicher Flächen am Standort Rhinstraße 46“.

Ina Wiersgalla (SenBJF) erklärt, das Gebäude in der Rhinstraße sei erst im November 2021 bezogen worden. Es handele sich also um eine zusätzliche Anmietung gegenüber dem vorhergehenden Haushalt.

Titel 52906 – Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege

Torsten Hofer (SPD) meint, dass im Zusammenhang mit dem Vorsitz der KMK, den das Land Berlin 2023 voraussichtlich übernehmen werde, sicherlich Kosten anfallen würden. Mit welchen Kosten rechne SenBJF? Seien diese Kosten veranschlagt, und wenn ja, in welchem Titel? Welche Veranstaltungen fänden in diesem Rahmen üblicherweise statt?

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) versichert, dass man den Gästen die schönen Seiten Berlins näherbringen werde. Sie danke für den Hinweis.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) bestätigt die Annahme des Abgeordneten Hofer, dass Mittel für die Präsidentschaft Berlins regulär unter diesem Titel zu veranschlagen seien. Bei SenWGPB seien auskömmliche Mittel für das Sekretariat der KMK eingeplant – es handele sich um eine länderübergreifende Dienststelle der Wissenschaftsverwaltung –, für die Durchführung selbst werde man aber noch Mittel benötigen. Neben der Präsidentschaftsübergabe im Bundesrat seien vier weitere Präsidiums- bzw. Plenumssitzungen der KMK geplant. Dort würden alle Bildungs-, Kultus-, Schul-, Wissenschafts- und Forschungsminister zu einer gemeinsamen Konferenz in Berlin geladen. Mit Blick auf die Strahlkraft Berlins sollten also Mittel für Veranstaltungen an verschiedenen Orten eingestellt werden.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Sandra Khalatbari (CDU) bemerkt, dass unter Nr. 1 ein Aufwuchs der Mittel für Broschüren, Flyer und Plakate um 128 000 Euro vorgesehen sei, zugleich unter Nr. 2 die Mittel zur Fachkräftesicherung um 125 000 Euro sänken. Wie sei das in Zeiten eklatanten Fachkräftemangels zu erklären?

Ina Wiersgalla (SenBJF) erläutert, zu dem Aufwuchs bei Nr. 1 komme es, weil zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung davon ausgegangen worden sei, dass 2022 die pandemische Lage SenBJF weiter dazu zwingen werde, Informationsmaterialien für Schulen und Kitaträger zur Verfügung zu stellen. Auch Informationsmaterial für Geflüchtete aus der Ukraine werde aus diesem Titel finanziert. 2023 würden die Mittel wieder zurückgeführt, weil man davon ausgehe, bis dahin die endemische Lage erreicht zu haben.

Die Mittel für die Fachkräftesicherung seien an den Ist-Ausgaben der vorangegangenen Jahre orientiert. SenBJF gehe davon aus, weiterhin Berlin-Tage – große Fachkräftemessen für Lehrkräfte und andere pädagogische Fachkräfte – durchführen zu können, entsprechende Mittel seien auch veranschlagt. Es sei davon auszugehen, dass die Ansätze auskömmlich seien, ggf. müssten sie im Rahmen der Haushaltswirtschaft verstärkt werden.

MG 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Sandra Khalatbari (CDU) merkt an, dass die Ansätze für 2021 unter den Nrn. 22 – Fachverfahren Aus-, Fort und Weiterbildungsdatenbank –, 26 – Fachverfahren Deutscher Motoriktest –, 27 – Anpassung der Fachverfahren im Zusammenhang mit der Ablösung von Access und

Makros – und 28 – Fachverfahren Information Manager Volkshochschulen – jeweils 0 Euro betragen und die Mittel für diese vier Posten im Jahr 2022 auf insgesamt über 900 000 Euro anstiegen, was sich 2023 fortsetze. Wieso kommen es zu diesen Aufwüchsen?

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) kündigt an, die Verwaltung werde hierzu einen schriftlichen Bericht einreichen.

Titel 81230 – Erneuerung Ticketsystem

Sandra Khalatbari (CDU) kommt darauf zu sprechen, dass hier geplant gewesen sei, im Zeitraum 2020 bis 2022 eine Nachfolgelösung auszuwählen und zu implementieren. Sie bitte um einen schriftlichen Bericht zum aktuellen Sachstand.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, eine schriftliche Beantwortung werde erwartet. Sie weise auch darauf hin, dass am 31. März 2022 die erste Lesung des Einzelplans im Fachausschuss stattfinde, bei der fachliche Fragen geklärt werden könnten.

Titel 81240 – Modernisierung und Anpassung des Fachverfahrens ISBJ Kita

Antonin Brousek (AfD) meint, dass die veranschlagten Mittel im Gesamtvolumen von rund 17 Mio. Euro, die nach seinem Verständnis allein für eine Software für Jugendämter verausgabt werden sollten, im Vergleich zu Mitteln für andere Softwares ungewöhnlich hoch seien.

Holger Schulze (SenBJF) verspricht, auch hierzu werde SenBJF einen schriftlichen Bericht einreichen. Es weise im Vorfeld nur darauf hin, dass es sich beim ISBJ-Verfahren um eine Ansammlung von insgesamt 18 Fachverfahren handle, bestehend aus Datenbanken, Portalen und einer Reihe von Fachverfahren, in denen die Prozesse für Kitalandschaft, Jugendämter, Elterngeld, Unterhaltsvorschuss etc. abgebildet seien. An dieser Stelle gehe es insbesondere um die Verfahrenslandschaft Kita mit den einzelnen Fachverfahren; das Sorge dafür, dass die Finanzierung im Kita-Kontext abgebildet werde. Das Verfahren sei 2004 gebildet worden, und für die Modernisierung, die seit mehreren Jahren betrieben werde, fielen Aufwände an.

Antonin Brousek (AfD) zeigt sich mit der mündlichen Beantwortung zufrieden, ein schriftlicher Bericht sei nicht nötig. Er bitte aber noch um eine Erklärung zu Titel 81243 – Ausbau DataWarehouse Jugend. Dort sei zu lesen, es habe einen Austausch gegeben. Sei das dahingehend zu verstehen, dass die ursprüngliche Software nicht funktioniert habe? Seien dadurch Mehrkosten entstanden?

Holger Schulze (SenBJF) verneint die Frage; bei DataWarehouse handle es sich um eine Auswertungssoftware. In den Fachverfahren für Kita, regionalen sozialen Dienst, Unterhaltsvorschuss etc. entstünden Daten; diese Daten auswertbar zu machen, sei der Sinn des DataWarehouse. Der angesprochene Austausch sei der Datenaustausch zwischen den Fachverfahren und der Auswertungssoftware.

Titel 81250 – Umsteuerung auf eine zentrale, webbasierte Fachanwendung im Rahmen von eGovernment@School

Hendrikje Klein (LINKE) äußert den Verdacht, dass es einen Fehler bei der Veranschlagung gebe: Im Entwurf werde darauf hingewiesen, dass VEs über 600 000 Euro für 2022 und über 500 000 Euro für 2023 in den Vorjahren eingegangen worden seien. Im Ansatz für 2022 stünden nun 700 000 Euro – über die VE hinaus könne also noch über 100 000 Euro verfügt werden –, im Ansatz für 2023 genau 500 000 Euro; dort bleibe also kein Spielraum. Daneben finde sich aber die Information, dass 2023 VEs in Höhe von weiteren 500 000 Euro fällig würden. Sei es also richtig, dass beim Ansatz 2023 eigentlich die Summe von 1 Mio. Euro stehen müsse? – Zwei Seiten weiter finde sich noch ein ähnlicher Fall.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) räumt ein, dass hier einen Fehler vorliege und die Abgeordnete Klein recht habe. SenFin werde im Rahmen seiner Anpassungsmöglichkeiten nachjustiere. Sie bitte um einen konkreteren Hinweis auf den zweiten Fall.

Hendrikje Klein (LINKE) antwortet, betroffen sei ebenfalls in MG 32 Titel 81259 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT. Sie gehe davon aus, dass der Ansatz für 2022 100 000 Euro, nicht 75 000 Euro betragen müsse, und der für 2023 150 000 Euro statt 100 000 Euro, sofern die VEs eingegangen seien.

Titel 81251 – Einführung eines Fachkräfteportals für die Ganztags-Schule (Ganztags)

Antonin Brousek (AfD) erkundigt sich, wie es dazu komme, dass der Titel ohne Erklärung komplett wegfalle. – [Zuruf von Steffen Zillich (LINKE): Das ist ein investiver Titel! Das war eine einmalige Ausgabe, und wenn die getätigt ist, fällt sie weg!] –

Vorsitzende Franziska Becker meint, das Vorgehen sei zwar unüblich, die Frage aber beantwortet.

Kapitel 1009 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Personalüberhang -

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1010 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Mitberaten wird:

Bericht SenBildJugFam – II BfsdH – vom 09.12.2021

[0073](#)

Wirtschaftspläne 2022/2023

Haupt

Pestalozzi-Fröbel-Hauses

Lette-Verein

Stiftung Planetarium Berlin

gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum

Haushalt 2020/21

(in der 3. Sitzung am 19.01.2022 zu den Haushaltsberatungen 2022/2023 zurückgestellt)

André Schulze (GRÜNE) bittet um einen schriftlichen Sachstandsbericht zur Umsetzung der Verbeamtung der Lehrkräfte, der insbesondere die Aspekte Altersgrenze, Nachteilsausgleich, Vordienstzeiten, amtsärztliche Untersuchungen, Einstufungen, Funktionsstellen und Pensionsfonds beleuchten solle.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, der Bericht werde rechtzeitig zur zweiten Lesung erwartet.

Sandra Khalatbari (CDU) kündigt an, ihre Fraktion werde bis 1. April schriftliche Fragen zu den Zuschüssen an den Lette-Verein einreichen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0073 zur Kenntnis.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen

Hendrikje Klein (LINKE) erklärt, der Titel werfe Fragen auf, nicht nur in diesem Kapitel. Warum finde hier eine Entwicklung hin zu sehr hohen Rückzahlungen statt? Bestehe ein Zusammenhang mit Corona?

Thomas Duveneck (SenBJF) weist darauf hin, dass es nicht überall Steigerungen gebe. So sei unter Titel 11917 – Rückzahlung von Zuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft deutlich weniger angesetzt als das alte Ist. Dass es sich bei den Zuwendungen anders verhalte, liege daran, dass SenBJF hier eine vertiefte Verwendungsnachweisprüfung durchführen werde; die Prüfstellen der Verwaltung würden also bei den Empfängern vor Ort prüfen, nicht nur nach Aktenlage vorgehen. So eine vertiefte Prüfung könne nicht jedes Jahr durchgeführt werden, sondern werde nur gelegentlich angesetzt. Eine solche Prüfung habe auch zu den hohen Einnahmen bei den freien Schulen geführt, die wieder zurückgeführt worden seien. Einen Zusammenhang mit der Pandemie gebe es nicht, die Zuwendungsempfänger hätten ihre Leistungen auch während dieser fast vollständig – in anderer Form, nämlich digital – erbracht.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

Antonin Brousek (AfD) interessiert, was man sich unter der im TA 3 aufgeführten Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, IGSV, die Schlüsselpersonen und Fachkräfte zu Schulbesuchen entsende, vorzustellen habe.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) legt dar, es handele sich um Fachkräfte, die Schulen zum Thema Sexualkunde einladen könnten.

Antonin Brousek (AfD) fragt nach, ob Lehrer nicht selbst über Kompetenzen im Bereich der Sexualkunde verfügten.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) versichert, auch Lehrer verfügten über entsprechende Kompetenzen, aber es gebe verschiedenste Bereiche, in denen es sich lohne, zusätzliche Expertise zu bemühen, hier z. B. die von Ärztinnen.

Sandra Khalatbari (CDU) erkundigt sich, ob das Landesprogramm Gute gesunde Schule, TA 11, auslaufe.

Thomas Duveneck (SenBJF) bestätigt, dass das der Fall sei. Es sei über 20 Jahre an den Schulen gelaufen, und SenBJF halte es nun für implementiert.

Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT

Sandra Khalatbari (CDU) bittet um Konkretisierung, um welche Plattformen und digitalen Werkzeuge es in der Erläuterung zu TA 5 – Digitale Anwendungen und Bildungsmaterialien – gehe.

Thomas Duveneck (SenBJF) legt dar, die Zurverfügungstellung von digitalen Tools für Schulen bilde einen Schwerpunkt des Haushalts. Landeslizenzen für Bettermarks, eine Plattform für Mathematikunterricht, seien bereits beschafft, und nun werde geplant, weitere Lizenzen zu erwerben, um Schüler entsprechend zu fördern; Festlegungen gebe es hier noch nicht. Der Fokus liege auf den sprachlichen und mathematischen Kompetenzen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Hendrikje Klein (LINKE) schlägt vor, ein Sachstandsbericht zu TA 23 – Vorbereitungen für ein Berliner Landesinstitut für Aus-, Fort- und Weiterbildung – solle beauftragt und bis Anfang 2023 vorgelegt werden.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, man erwarte den Bericht zur ersten Sitzung 2023.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Sebastian Walter (GRÜNE) weist darauf hin, dass eine Reihe von Projekten aus dem Haushalt gestrichen worden sei bzw. weniger Mittel erhalte. Er bitte um einen schriftlichen Bericht darüber, was die inhaltliche Begründung für das Wegfallen der Projekte sei und wie in diesem Titel die Richtlinien der Regierungspolitik umgesetzt würden, insbesondere im Hinblick auf

die Stärkung der Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, IGSV. Er weise darauf hin, dass es bei Letzterer nicht um Sexualaufklärung gehe, sondern sich um den Maßnahmenplan gegen Queerfeindlichkeit und zur Akzeptanzarbeit an Schulen handele.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) merkt an, dass bereits ein entsprechender Berichtsauftrag aus dem Fachausschuss vorliege; man werde natürlich auch dem Auftrag aus dem Hauptausschuss nachkommen.

Vorsitzende Franziska Becker schlägt vor, dass eine Zurverfügungstellung des Berichts auch intern koordiniert werden könne.

Antonin Brousek (AfD) führt aus, die IGSV, TA 17, und die Fachstelle Queere Bildung, TA 21, erhielten zusammen über 700 000 Euro; dagegen entfielen auf TA 30 – Demokratie und Rechtsstaat – gerade einmal 150 000 Euro. Bestehe hier nicht ein Missverhältnis?

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) erwidert, das entspreche den Aufträgen des Abgeordnetenhauses. SenBJF werde einen schriftlichen Bericht zu der Wichtigkeit der angesprochenen Themen einreichen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) interessiert, wieso es bei TA 32 – Erwachsenenbildungsgesetz – zunächst zu einer deutlichen Senkung 2022, dann wiederum zu einer klaren Anhebung 2023 komme.

Thomas Duveneck (SenBJF) antwortet, der Ansatz sei 2021 gar nicht ausgegeben worden. Durch die späte Verabschiedung des Erwachsenenbildungsgesetzes habe man nicht in die Förderung der freien Trägerlandschaft einsteigen können, die es derzeit noch gar nicht gebe. Die Grundlage hierfür sei erst mit dem Erwachsenenbildungsgesetz geschaffen worden. Gefördert werden könnten nur anerkannte Träger der Erwachsenenbildung; die Anerkennungsverfahren seien, auch pandemiebedingt, gerade erst auf den Weg gebracht worden. Daraus rechtfertigten sich die abgesenkten Ansätze. Es gebe auch einen Fehler in der Übertragung: Der Ansatz für 2022 betrage nämlich nicht 300 000 Euro, sondern 0 Euro. Die Förderung beginne erst 2023; das sei sachgerecht, weil es vorher pandemiebedingt gar nicht möglich sei.

Benedikt Lux (GRÜNE) meint, das Vorgehen des Abgeordneten Brousek, einen einzelnen TA zu Demokratie und Vielfalt herauszunehmen und den dafür zur Verfügung gestellten Betrag den höheren Mitteln zur Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt gegenüberzustellen, sei unredlich; auf der Liste fänden sich viele weitere gute Maßnahmen im Bereich politischer Bildung, ebenso z. B. zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Antisemitismus, für Klimaschutz und zur Begabungsförderung. Er halte die Förderung für gut und ausgewogen.

Titel 68585 – Sonstige Zuschüsse für kulturelle Projekte im Bildungsbereich

Torsten Hofer (SPD) bittet um Erklärung dafür, dass für fünf Projekte für 2022 und 2023 0 Euro angesetzt seien. Würden diese künftig aus anderen Einzelplänen finanziert, oder würden sie nicht fortgeführt?

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) versichert, die Verwaltung werde hierauf eine schriftliche Antwort vorlegen.

Titel 68617 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke in den Bereichen Jugend, Bildung, Kultur und Wissenschaft

Hendrikje Klein (LINKE) bemerkt, dass unter TA 3 – DigiLab – auf Kapitel 1042 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Jugend und Kinderschutz -, Titel 68617 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke in den Bereichen Jugend, Bildung, Kultur und Wissenschaft verwiesen werde. Dieser Titel existiere im angegebenen Kapitel aber nicht. Sie bitte darum, den Fehler zu korrigieren.

Titel 89367 – Zuschuss an die Stiftung Planetarium Berlin für Investitionen

Hendrikje Klein (LINKE) weist darauf hin, dass der Wirtschaftsplan des Planetariums für 2022 und 2023 von jeweils 2,7 Mio. Euro an Zuschüssen ausgehe, im Haushaltsplanentwurf dagegen 2 Mio. Euro bzw. 2,15 Mio. Euro vorgesehen seien; offenbar müsse der Wirtschaftsplan angepasst werden. Sie bitte außerdem um einen Bericht über die geplanten Investitionen.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) erklärt, der Wirtschaftsplan sei noch vor der Haushaltsplanfortschreibung im Senat verabschiedet worden und stehe dementsprechend noch unter Vorbehalt. Es habe hierzu bereits einen Austausch mit dem Vorstand gegeben. Beim Planetarium handele es sich um eine außergewöhnliche außerschulische Einrichtung, und es sei dringend notwendig, dass dort bestimmte Investitionen getätigt würden. Dabei handele es sich z. B. um neue Beamer, um die Kuppel neu zu gestalten. Es gebe aber einen Konsens zwischen Bildungsverwaltung und Vorstand, dass die geplanten Investitionsmittel aufgrund des fortschreitenden Jahres nicht mehr verausgabt werden könnten. Die Verwaltung werde dazu den Bericht, den die Abgeordnete wünsche, vorlegen.

Kapitel 1011 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schulträger- schaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen

Antonin Brousek (AfD) fragt, was er sich im Zusammenhang mit Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände – unter den im Teilansatz 2 erwähnten „kontaktarmen Arbeitsplätzen“ vorstellen solle. Er bitte um Erläuterung.

Mirko Salchow (SenBJF) erläutert, es gehe um die Herstellung kontaktärmerer Arbeitsplätze im Rahmen der Berufsberatung. In der Sache gehe es um den Auf- und Ausbau der Berufswahl-App. Bislang werde der Berufswahlpass von den Schüler/-innen analog geführt. Dieser solle künftig digital zur Verfügung gestellt werden. Durchlaufene Schritte der Berufsberatung würden dann digital hinterlegt, außerdem solle das Berufsberatungsangebot um eine digitale Variante erweitert werden.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Kapitel 1012 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen –

Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT –

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet um einen Bericht hinsichtlich Teilansatz 4 – mobile Endgeräte –, wozu er wissen wolle, wie der Sachstand hinsichtlich der Schüler/-innen und Lehrer/-innen aussehe. Die Lehrer/-innen hätten laut eines Zielbildes nur ein Endgerät sowohl für Verwaltungsaufgaben als auch den edukativen Bereich erhalten sollen. Wie stelle sich der Auslieferungsstand jeweils dar?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) erwidert, die Fragen würden schriftlich beantwortet.

Hendrikje Klein (LINKE) fordert, der Bericht möge auch auf den Aspekt eingehen, wie hoch der Bedarf an mobilen Endgeräten sei. Darüber hinaus interessiere sie, wie der Teilansatz 4 kalkuliert worden sei.

Titel 51980 – Kleine Instandhaltungsarbeiten zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds –

Hendrikje Klein (LINKE) wirft die Frage auf, was die Erläuterung „Übergang in die Bezirkshoheit“ konkret bedeute. Wie finde die Abwicklung statt und wo sei das Geld für diesen Teil des Verfügungsfonds etatisiert?

André Schulze (GRÜNE) fragt, welche Gründe zu der Entscheidung geführt hätten, den Titel künftig von den Bezirksämtern verwalten zu lassen. Er bitte dazu um einen schriftlichen Bericht.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) führt aus, der Verfügungsfonds sei früher immer von den Bezirken bewirtschaftet worden. Man kehre nunmehr zu diesem alten Zustand zurück. – Den erbetenen Bericht sage sie zu.

Antonin Brousek (AfD) möchte zu Titel 53380 – Sachausgaben für Schulbibliotheken – wissen –, worin die Erhöhung des Ansatzes von 200 000 Euro im Jahr 2021 auf 830 000 Euro im Jahr 2022 ihre Ursache habe.

Vorsitzende Franziska Becker geht davon aus, dass auch diese Frage schriftlich beantwortet werde.

Ellen Haußdörfer (SPD) regt an, die Frage nach den Schulbibliotheken möge mündlich beantwortet werden.

Thomas Duveneck (SenBJF) führt aus, in der letzten Legislaturperiode sei in § 16 SchulG ein Passus aufgenommen worden, wonach Gründungen von Schulbibliotheken – dabei handele es sich um eine bezirkliche Aufgabe der äußeren Schulangelegenheiten – auch vom Senat gefördert werden sollten. Dafür sei der Ansatz entsprechend erhöht worden.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

MG 05 – Digitalpakt Schule –

Hendrikje Klein (LINKE) erklärt, sie interessiere generell der Umsetzungsstand des Digitalpakts Schule. Der entsprechende Bericht könne außerhalb der Haushaltsberatungen im Herbst erfolgen.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der erbetene Bericht rechtzeitig zur Sitzung am 7. Dezember 2022 vorgelegt werde.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt zu Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrens-unabhängige IKT –, ob geplant sei, mithilfe der eingestellten Summen alle Lehrkräfte sowie das sonstige pädagogische Personal mit dienstlichen E-Mailadressen zu versorgen. Wie sehe der Versorgungsgrad aus?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) antwortet, mittlerweile verfügten alle Lehrkräfte über eine dienstliche Mailadresse. Er sage aber zu, schriftlich über den Versorgungsgrad des sonstigen pädagogischen Personals zu berichten.

Kapitel 1014 – Berliner Landeszentrale für politische Bildung –

Antonin Brousek (AfD) vermutet zu Titel 68572 – Zuschüsse an Stiftungen für staatsbürgerliche Zwecke –, dass die Desiderius-Erasmus-Stiftung nicht aus diesem Titel gefördert werde. Er wolle wissen, weshalb.

Thomas Duveneck (SenBJF) geht davon aus, dass eine Partei in zwei aufeinander folgenden Legislaturperioden im Abgeordnetenhaus vertreten sein müsse, damit die jeweilige Stiftung gefördert werden könne. – Er sage zu, dass über die formalen Anforderungen hinsichtlich einer Förderung schriftlich berichtet werde.

Kapitel 1015 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundschulen –

Torsten Hofer (SPD) wendet sich Titel 11110 – Kostenbeteiligung nach dem TKBG für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort) – zu, zu dem er wissen wolle, mit welchen Kosten hinsichtlich der Hortkostenbefreiung für die Jahrgangsstufe 3 kalkuliert werde. Mit welcher Inanspruchnahme werde gerechnet? Werde vermutet, dass sich diese erhöhe, sobald das Angebot kostenlos sei?

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) erklärt, die Fragen würden schriftlich beantwortet.

Kapitel 1016 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Gemeinschaftsschulen –

Kapitel 1018 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Gymnasien –

Kapitel 1019 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Integrierte Sekundarschulen –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Kapitel 1020 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Sonderpädagogische Förderzentren –

Sandra Khalatbari (CDU) kündigt an, ihre Fraktion werde dem Ausschussbüro bis zum 1. April 2022 noch Fragen zu den freien Trägern einreichen.

Antonin Brousek (AfD) stellt zu Titel 67181 – Leistungen für Pflege und Hilfe für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf – fest, dass die Ansätze aufgrund des Anstiegs von Behinderungsarten sowie der Erhöhung der Anzahl der Schüler mit Förderbedarf erhöht worden seien. Er bitte um eine Begründung.

Thomas Duveneck (SenBJF) legt dar, in der Sache gehe es um die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die inklusiv beschult würden. In den Sonderpädagogischen Förderzentren sei Personal fest eingestellt, das die Schülerinnen und Schüler unterstützte, beispielsweise Wickeln bei schwerstmehrfach Behinderten oder medizinische Unterstützungen. Die Integrationsquote im Land Berlin betrage mittlerweile rund 75 Prozent. Deshalb befänden sich die zu Beschulenden mittlerweile in allen Schularten. Damit eine Beschulung stattfinden könne, gebe es Schulhelfer/-innen, die über freie Träger eingesetzt würden. Daraus resultiere die Steigerung der Ansätze.

Darüber hinaus habe sich die Zahl der Kinder mit dem Förderbedarf „geistige Entwicklung“ in den letzten zehn Jahren überproportional erhöht. Die Gründe dafür seien vielfältig.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Kapitel 1021 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Berufsbildende Schulen –

Hendrikje Klein (LINKE) fragt zu Titel 68262 – Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB –, ob die im Jahr 2021 eingestellten Mittel womöglich nicht abgerufen worden seien, weil für die Jahre 2022 und 2023 lediglich Merkansätze vorhanden seien. Sie bitte um eine Erläuterung.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) erwidert, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Kapitel 1022 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Staatliche Technikerschule –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 1023 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Staatliche Ballettschule und Schule für Artistik –

Antonin Brousek (AfD) bezieht sich auf die Allgemeine Erläuterung, wonach die Ballettschüler der Oberstufe nach einer erfolgreichen Zusatzprüfung gleichzeitig Studenten der Hochschule für Schauspielkunst seien und dort den Bachelor of Arts erwerben könnten. Geschehe dies gleichzeitig oder zeitlich nacheinander?

Mirko Salchow (SenBJF) berichtet, derzeit sei die Kooperation mit der Hochschule ausgesetzt. Es fänden Verhandlungen darüber statt, wann und in welcher Form die Kooperation fortgesetzt werde.

Christian Goiny (CDU) bedauert, er könne keinen konkreten Titel nennen, in der Sache gehe es aber um die Unterstützung der Bildungseinrichtung der Flying Steps. Diese Unterstützung werde nicht fortgesetzt. Er bitte um einen Bericht darüber, weshalb die Förderung aufgehoben worden sei und wie diese integrative Jugendarbeit in Zukunft unterstützt werden solle.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) schlägt vor, sofern kein Interesse an einem Bericht bestehe, werde er die Frage direkt per E-Mail beantworten.

Ellen Haußdörfer (SPD) erinnert daran, dass zu diesem Sachverhalt bereits bei Kapitel 1010 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung –, Titel 68585 – Sonstige Zuschüsse für kulturelle Projekte im Bildungsbereich –, Teilansatz 12 – Urban dance goes professionell – ein entsprechender Berichtswunsch ausgelöst worden sei.

Christian Goiny (CDU) bedankt sich für den Hinweis, der bedeute, dass seiner Berichtsbitte schriftlich nachgekommen werde.

Kapitel 1024 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Zentral verwaltete Schulen –

Antonin Brousek (AfD) möchte wissen, ob im Zusammenhang mit Titel 51420 – Beköstigung, die Höhe der Zumessung für die Nelson-Mandela-Schule sowie die John-F.-Kennedy-Schule ausschließlich mit der Schülerzahl zusammenhänge oder auch von der Art der Beköstigung.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) wendet sich Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements – zu, bei dem ein erheblicher Aufwuchs festzustellen sei. Sie bitte um eine Begründung.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) erwidert, die höhere Zumessung für das Schulesen resultiere ausschließlich aus der erhöhten Zahl der Schülerinnen und Schüler. – Die Frage zu Titel 51715 werde schriftlich beantwortet werden.

Steffen Zillich (LINKE) bedauert, den Erläuterungen zu Titel 89360 – Zuschuss an den 1. FC Union Berlin – sei nicht zu entnehmen, in welchen Jahresscheiben die Finanzierung des Nachwuchsleistungszentrums für den 1. FC Union erfolge. Offensichtlich würden die Ansätze 2022 und 2023 ausschließlich aus Bundesmitteln gespeist. Er bitte um einen Bericht, in welchen Jahresscheiben die investiven Finanzierungsbeiträge für welches Teilprojekt abfließen sollten. Der Ansatz 2021 sei ausweislich der Ist-Liste nicht gänzlich abgerufen worden. Demnach müsste sich die Restfinanzierung verändern. Darüber hinaus interessiere ihn, ob sich die Aufwendungen für Schadstoffsanierungen tatsächlich verringert hätten, und wenn ja, weshalb dem so sei. Zudem bitte er um eine Konkretisierung des Bauabschnitts B.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, die Beantwortung der Fragen erfolge schriftlich.

Kapitel 1040 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Familie und frühkindliche Bildung –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) wirft die Frage auf, wie hoch die bei Titel 67109 – Erstattung von Kosten der Tageseinrichtungen für Kinder nach dem Kindertagesförderungsgesetz – eingesetzten Mittel für das Gute-Kita-Gesetz seien und ob und wie sie ggf. im Jahr 2023 kompensiert würden.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass die Beantwortung schriftlich erfolge.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) wirft im Zusammenhang mit Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – zu den Teilansätzen 1 – Zuschüsse an Kinder- und Jugendambulanzen zur therapeutischen Versorgung von Kindern in Kindertageseinrichtungen –, 2 – Fachstelle Care-Management – und 3 – Versorgungskoordination Kinder und Jugendliche

für Familien mit pflegebedürftigen, versorgungsintensiven Kindern und Jugendlichen – die Frage auf, in welchem Umfang sich die Krankenkassen an der Finanzierung beteiligten. Darüber hinaus wolle sie ebenfalls zu diesem Titel wissen, welche Tarifierungen konkret verstetigt würden.

Holger Schulze (SenBJF) erwidert, die Tarifierungen seien zunächst zentral veranschlagt worden und seien im Jahr 2021 vorgenommen worden. Nunmehr würden sie in diesem Titel ausgewiesen. – Die weitere Frage zu diesem Titel werde schriftlich beantwortet.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) wendet sich Titel 68436 – Zuschüsse zur Verbesserung der Betreuung in Kindertagesstätten – zu, bei dem insbesondere der Teilansatz 4 – Masterplan Integration und Sicherheit – Kitaangebote für Geflüchtete: Sprungbrettangebote, Modellkitas, Sprachmittler – gesunken sei. Sie bitte um Erläuterung. Zudem bitte sie um eine Erklärung zu Teilansatz 5 – Gesamtstädtisches Angebot zur Unterstützung der Kitas in der Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms in den Bildungsbereichen MINT und Digitalisierung –.

Holger Schulze (SenBJF) berichtet, im Teilansatz 5 verberge sich das DigiLab. Demnach handele es sich nicht um einen Aufwuchs, sondern um die Zusammenführung zweier Ansätze aus zwei Kapiteln in nunmehr einem Kapitel, wodurch sich der Ansatz in Höhe von 1,65 Mio. Euro im Jahr 2022 sowie von 1,6 Mio. Euro im Jahr 2023 ergebe. – Im Teilansatz 4 seien die Masterplanmittel ausgewiesen, für die zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung eine Kürzung vorgesehen gewesen sei. Insbesondere sollten die Sprungbrett- und FBO-Angebote zurückgefahren werden. Aufgrund der aktuellen Situation – Zuzug ukrainischer Geflüchteter – müsse allerdings konstatiert werden, dass sich diese Angebote bewährt hätten und nützlich seien.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) merkt an, im ersten Senatsentwurf des Haushaltsplan 2022/2023 sei Titel 68644 – Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona" – ausgewiesen gewesen, mit einem Ansatz in Höhe von 8 Mio. Euro. Nunmehr sei dieser Titel nicht mehr ausgewiesen. Ihres Wissens handele es sich dabei um Bundesmittel. Sie wolle deshalb wissen, ob diese Mittel nicht mehr vorhanden seien. – Zu Titel 89361 – Sanierungskonzept Brunsbütteler Damm und Jugendbildungsstätte "Kurt Löwenstein" – wolle sie wissen, ob die Sanierung eigentlich weiterhin geplant sei und die Ansätze ggf. angepasst werden müssten.

Holger Schulze (SenBJF) erklärt, zum Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ werde schriftlich berichtet werden. – Bei der Sanierung der Jugendbildungsstätte „Kurt Löwenstein“ gehe es um die Sanierung eines Klärwerks und die Erfüllung von Auflagen.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) ergänzt, der angesprochene Titel 68644 sei in Kapitel 1042 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Jugend und Kinderschutz – ausgewiesen. Da die Bundesmittel dafür ausliefen, sinke der Ansatz von 8,3 Mio. Euro im Jahr 2022 auf 1 Mio. Euro im Jahr 2023.

Vorsitzende Franziska Becker regt an, die Fragen könnten zur Sicherheit auch noch schriftlich beim Ausschussbüro eingereicht werden, damit die Senatsverwaltungen wüssten, welche Fragen sie konkret beantworten sollten.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet gleichwohl darum, dass ihre Frage schriftlich beantwortet werde.

Kapitel 1041 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Familienpolitik und Familienförderung –

Mitberaten wird:

Bericht SenBildJugFam – V B 22 – vom 16.03.2022
**Temporäre Familienhilfe
Gesamtkonzept Soforthilfe 2021 zur Neuverteilung
von insgesamt 500 Mio. € aus Mitteln für Corona-
Hilfsmaßnahmen (Rücklagenentnahme)
(Familienhilfen/Kinderkrankengeldregelung
subsidiär zum Bundesprogramm)**

[0190](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0190 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Antonin Brousek (AfD) bittet um Auskunft, wie sich der Aufwuchs bei Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – in Höhe von 100 000 Euro von 2022 auf 2023 erkläre.

Holger Schulze (SenBJF) stellt dar, dahinter verberge sich die Stiftung Hilfe für die Familien. Diese sei bislang im Einzelplan 10 überhaupt nicht veranschlagt gewesen. Der Titel habe nur Ansätze für den Beirat für Familienfragen ausgewiesen. – In der vergangenen Legislaturperiode sei dem Hauptausschuss angezeigt worden, dass die Finanzierung der Stiftung nicht mehr durch Anlagen erwirtschaftet werden könne. Deshalb finde nunmehr der Einstieg in die Finanzierung der Verwaltungskosten der Stiftung mit 250 000 Euro im Jahr 2022 und 350 000 Euro im Jahr 2023 statt.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Antonin Brousek (AfD) wünscht im Zusammenhang mit Titel 68427 – Zuschüsse für Familienbildungsmaßnahmen –, dass schriftlich dargestellt werde, welche Projekte unter dem Teilansatz 1 – Zuschüsse für Projekte der Familienbildung, insbesondere in Fragen der Erziehung, Partner- und Elternschaft – konkret finanziert würden. Darüber hinaus interessiere ihn, weshalb unter Teilansatz 7 die Beratungs- und Familienarbeit der Serbisch-Orthodoxen Gemeinde Berlin unterstützt werde.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) wendet sich dem Teilansatz 8 – Modellprojekt Familienzentrum – zu, zu dem sie wissen wolle, in welchem Bezirk das Projekt starten solle, ob es einen Zeitplan gebe, wie das Projekt ausgeweitet und ob es evaluiert werden solle.

Holger Schulze (SenBJF) erläutert, das Modellprojekt werde im Rahmen des Familienförderungsgesetzes zunächst im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg umgesetzt. Mithilfe dieses Familienzentrums sollten spezifische Zielgruppen erreicht werden; eine Evaluierung sei geplant.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass die weiteren Fragen zu Titel 68427 schriftlich beantwortet würden.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) geht davon aus, dass sich bei Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe – die Aussage „mehr wegen Verstetigung der Tarifierpassung 2021“, ausschließlich auf den Teilansatz 4 beziehe. Dort seien aber lediglich jeweils 14 110 Euro eingestellt. Sei dies auskömmlich?

Holger Schulze (SenBJF) legt dar, die Tarifsteigerungen seien auf die Titel aufgeteilt worden. Die hier ausgewiesenen Summen seien für diesen Titel erforderlich und auskömmlich.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Kapitel 1042 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Jugend und Kinderschutz –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bezieht sich auf Titel 54010 – Dienstleistungen –, bei dem auffalle, dass die Ansätze für die Jahre 2021 und 2022 mit jeweils 51 000 Euro sehr niedrig seien. Der Ansatz 2023 steige zwar auf 151 000 Euro, verglichen mit dem Ist 2020 in Höhe von 269 000 Euro sei dies aber ebenfalls niedriger.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) berichtet, der Ansatz für das Jahr 2023 beinhalte eine Untersuchung der Pflegekinderstrukturen in den Bezirken. Deshalb sei der Ansatz höher.

Torsten Hofer (SPD) bemerkt zu Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland – an, er begrüße es, dass mit dem Teilansatz 1 das Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide – FEZ – gefördert werde. Er wolle wissen, wie gegenüber Zuwendungsempfängern, wie beispielsweise dem FEZ, bezüglich der erhöhten Energiekosten verfahren werde.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) berichtet, im FEZ habe für einige Zeit in der Pandemie Kurzarbeit geherrscht. Dadurch habe sich ein finanzieller Puffer gebildet, dessen Mittel nunmehr für andere Zwecke genutzt werden könnten. Die Grenze des Auskömmlichen sei aber demnächst erreicht. Die Geschäftsführung stelle Überlegungen an, wie sie mit den erhöhten Kosten umgehe. Die Rechnungen für die Energiekosten würden allerdings erst im nächsten Jahr anfallen. – Er sage einen schriftlichen Bericht zu der Frage zu.

Kapitel 1043 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Berliner Notdienst Kinderschutz –

Antonin Brousek (AfD) wendet sich der Erläuterung bei Titel 51101 – Geschäftsbedarf –, Titel 51131 – Bekleidung, Wäsche –, Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –, Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –, Titel 51420 – Beköstigung –, Titel 51426 – Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke –, Titel 51479 – Allgemeine Verbrauchsmittel –, Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben –, Titel 51910 – Kleiner Unterhaltungsbedarf –, Titel 54010 – Dienstleistungen –, Titel 54019 – Belehrung, Unterhaltung –, Titel 54053 – Veranstaltungen – und Titel 68153 – Sonstige einmalige Leistungen

zum Lebensunterhalt nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz – zu, in der es jeweils heiße: „Mehr wegen Verlagerung der Ausgaben für KuB/Sleep In aufgrund der Insolvenz des freien Trägers“. Ihn interessiere der Hintergrund der Insolvenz. Zudem könne er gar kein Mehr erkennen, denn die Ansätze blieben über die Jahre gleich.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) führt aus, die Insolvenz habe bereits vor zwei Jahren stattgefunden. Der Träger KuB/Sleep In habe den öffentlichen Träger unterstützt. Die Zuwendungsmittel seien jedoch nicht an einen anderen freien Träger vergeben worden, sondern in das Kapitel 1043 überführt worden. Die Senatsverwaltung betreibe nun in der Müllenhoffstraße den dritten Standort des Berliner Notdienstes Kinderschutz selbst.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, die Frage sei damit beantwortet.

Kapitel 1045 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII –

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt im Zusammenhang mit Titel 67147 – Heimerziehung für alleinstehende minderjährige Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz –, wie der Bedarf für die Jahre 2022 und 2023 berechnet worden sei. Im Jahr 2021 habe der Ansatz bei 8,25 Mio. Euro gelegen, für das Jahr 2022 belaufe er sich auf 5 Mio. Euro, im Jahr 2023 nur noch auf 4 Mio. Euro. Sie plädiere dafür, die Ansätze den aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) erläutert, die Ansatzbildung sei in Hinblick auf das Ist 2020 gebildet worden. Im gesamten Jahr 2020 seien 505 unbegleitete Minderjährige aufgenommen worden, was auch mit der Coronapandemie zusammengehangen habe. Jetzt sei die Situation aufgrund des Krieges in der Ukraine völlig anders. Allein im März dieses Jahres seien mit Stand 29. März 313 unbegleitete Minderjährige aufgenommen worden. Deshalb müssten die Ansätze angepasst werden.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) beantragt, dass Titel 67147 zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Antonin Brousek (AfD) wirft in Zusammenhang mit Titel 68190 – Unterstützungen, Entschädigungen und sonstige Geldleistungen aus zweckgebundenen Einnahmen –, der lediglich mit Platzhaltern ausgestattet sei, die Frage auf, ob die Erläuterung „Bußgelder von Gerichten und sonstige Spenden für Maßnahmen im Rahmen der Bewährungshilfe“ bedeute, dass jemand, der ein Bußgeld zu zahlen habe, dieses aus diesem Titel erhalten solle. Was verberge sich hinter dieser Erläuterung?

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) bedauert, sie könne die Frage derzeit nicht beantworten. Sie biete an, dies schriftlich zu tun.

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin) erläutert, vor Gericht könnten Bußgelder verhängt werden. Damit könne die Aufforderung einhergehen, diese an soziale Einrichtungen zu spen-

den. Dazu könnten auch Institutionen gehören, die der Kinder- und Jugendhilfe zuzurechnen seien, oder aber Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus oder Antisemitismus engagierten. Die berücksichtigte Institution, oder auch ein Verein, hänge oft mit der Art der Straftat zusammen. Der Titel könne nicht mehr als einen Platzhalter enthalten.

Kapitel 1051 – Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt zu Titel 54010 – Dienstleistungen – fest, dass dieser eine erhebliche Steigerung sowohl gegenüber dem Ist 2020 als auch dem Ansatz 2021 ausweise. Sie wolle wissen, was konkret aus den Teilansätzen 2 – Personaldienstleistungen – und 4 – Dienstleistungen für die digitale Strategie – finanziert werde.

Holger Schulze (SenBJF) bestätigt, dass es einen Aufwuchs gebe. Während der Coronapandemie sei festgestellt worden, dass digitale Maßnahmen erforderlich seien, um die Fort- und Weiterbildung auch in dieser Situation gewährleisten zu können. Um das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg zu unterstützen, seien die Ansätze erhöht worden. Es sollten Dienstleister hinzugezogen werden, um den digitalen Weg zu unterstützen.

Vorsitzende Franziska Becker stellt fest, dass die erste Lesung des Einzelplans 10 damit abgeschlossen sei. Die Berichtsaufträge seien erteilt. Die Berichte müssten bis spätestens 25. Mai 2022 vorliegen.

Kapitel 2710 – Aufwendungen der Bezirke - Bildung, Jugend und Familie –

Lars Rauchfuß (SPD) bittet darum, dass der Senat grundsätzliche Aussagen zum Thema Schulsanierungen in den Bezirken mache. Nach Auslaufen des Schulsanierungsprogramms stünden lediglich Mittel des Kommunalinvestitionsprogramms in Titel 70200 – Kommunalinvestitionsprogramm II, Schulbau – zur Verfügung, mit aus seiner Sicht beklagenswert geringen Ansätzen in den Jahren 2022 und 2023. Ihm sei bewusst, dass den Bezirken noch andere Mittel zur baulichen Unterhaltung zur Verfügung stünden, aber insgesamt befürchte er, dass sich die Investitionen verringerten. Er bitte darum, das Kapitel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erweitert den Berichtswunsch dahin gehend, dass auch auf den Aspekt Kitausbau eingegangen werde.

Vorsitzende Franziska Becker hält fest, dass der Bericht rechtzeitig zur zweiten Lesung des Einzelplans 10 erwartet werde.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.